

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS **DEMOKRATIE STÄRKEN,** **GEGEN RECHTEN TERROR**

BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

Der rechte Terror zieht seit Jahren eine Blutspur durch Deutschland. Die Liste der von der extremen Rechten Getöteten ist lang. Der Terror des NSU, der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge in Halle und Hanau, die vielen von den Sicherheitsbehörden verhinderten Anschläge, Brandanschläge auf Geschäfte und Einrichtungen, gefundene Waffen und Todeslisten, das Kokettieren mit einem „Bürgerkrieg“ durch AfD-Politiker zeigen die reale Gefahr für Menschen in unserem Land und unsere Demokratie. Auch in Sachsen.

Wir trauern um die Opfer des furchtbaren Anschlags in Hanau: Ferhat Unver, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kalojan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu und Gabriele R. Wir sind in Gedanken bei ihnen und ihren Familien. Doch wir dürfen nicht bei Trauer und Solidarität stehenbleiben. Wir müssen gegen den rechten Terror und seine Unterstützungsstrukturen handeln.

Wir haben in Sachsen in den letzten Jahren eine massive Radikalisierung, Verrohung, Enthemmung und offene Mobilisierung der rechten Szene und ihrer Sympathisanten erlebt. Aus Worten wurden Taten.

In der AfD hat sich der nationalistisch-völkische Parteiflügel durchgesetzt. Die Bürger werden von Politikern offen aufgewiegelt, die Demokratie bewusst untergraben, Forderungen nach ethnischer Homogenität und nach politischen Säuberungen angedeutet. Die „gemäßigten“ sächsischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sind mittlerweile ausgetauscht oder aus der AfD ausgetreten.

Dort, wo die AfD bereits Einfluss auf kommunaler Ebene hat, werden die freie Kultur, Theater, soziokulturelle Vereine und kritischen Projekte offen attackiert und verleumdet sowie versucht, ihnen Fördergelder zu streichen oder sie anderweitig zum Schweigen zu bringen.

Die extreme Rechte und Neonazis fühlen sich vom AfD-Erfolg bestärkt, auch gewaltsam gegen Andersdenkende vorzugehen. Projekte, engagierte Einzelpersonen oder Kommunalpolitiker, die sich kritisch zum Rechtsruck in ihrem Umfeld verhalten, die für ein demokratisches Miteinander, Toleranz und Vielfalt stehen oder einfach der extremen Rechten auf ihrem Weg zur Macht im Weg stehen, werden bedroht, gemobbt und angegriffen. Das kann jede und jeden treffen: Den Polizisten, die Gewerkschafterin, den Feuerwehrmann, die Journalistin, die Musikerin oder die „normalen“ kritischen Bürger. Es gibt viele Menschen, die unter Personenschutz stehen, die an dem Mobbing zerbrechen oder regelrecht fliehen müssen.

Die rechte Bewegung kann in Sachsen auf in langen Jahren etablierte und gut organisierte extrem rechte Organisations- und Mobilisierungsstrukturen aufbauen, die jahrelang gerade in Sachsen nicht bekämpft wurden. Im Gegenteil wurden deren Gegner und Kritiker kriminalisiert.

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

WAS TUN?

Wir haben eine wehrhafte Demokratie in Deutschland. Demokratie ist nicht selbstverständlich und auf Dauer. Wir müssen die Demokratie verteidigen. Wir müssen die Demokratie stärken und wehrhafter machen. Wir müssen die Menschen stärken, welche die Demokratie tragen und Verantwortung übernehmen.

Wir müssen die grundsätzlichen Bedingungen in unserem Land verbessern. Einzelne Demokratie-Maßnahmen und Projekte sind ungeheuer wichtig, sie reichen aber allein nicht aus. Wir werden nicht in Stockstarre verweilen und wir werden die Demokratie vor den Anti-Demokraten so verteidigen, wie sie ist. Es heißt, mutig zu verändern. Wir brauchen einen grundsätzlichen Aufbruch zur demokratischen Erneuerung in Ostdeutschland.

I. KLARE HALTUNG

Die Entwicklung der AfD zeigt, es reicht nicht mehr aus, allein den „Flügel“ und die „AfD-Jugendorganisation Junge Alternative“ als Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Die ganze AfD gibt mittlerweile Anlass, sie als Verdachtsfall zu überprüfen.

Es braucht eine klare Abgrenzung aller Demokraten von der radikalisierten AfD auf allen politischen Ebenen, sowohl auf Landesebene als auch in den Kreisen, Städten, Gemeinden und Ortsteilen. Dabei gilt es aber weiter, zwischen der AfD und ihren Wählern zu unterscheiden.

Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass Michael Kretschmer als erster CDU-Landesvorsitzender seit 1990 eine klare Linie gegen die extreme Rechte zieht. Wir beobachten aber auch, dass Teile der CDU eben nicht nur in Thüringen, sondern auch in Sachsen vor Ort mit der AfD sympathisieren oder sogar zusammenarbeiten und kooperieren.

Wir fordern härtere Strafen für Taten, die einen neonazistischen Hintergrund haben, um rechten Terror härter zu bestrafen.

Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden müssen frei von rassistischer und rechtsextremer Gesinnung sein. Dazu gehört, dass unsere Behörden für rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibilisiert werden. Denn häufig werden Gewaltdelikte in den zuständigen Kommissariaten und nicht in Staatsschutzabteilungen bearbeitet. Dennoch müssen rassistische und rechtsextremistische Motive erkannt werden. Dies gilt insbesondere für die Ausbildung von Kommissaranwärtern.

Die Laufbahnverordnung bei der Polizei Sachsen ist nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts so anzupassen, dass verstärkt IT-Experten als Cybercops in den Landesdienst geholt werden können.

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

II. ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Wir müssen alles dafür tun, Kultur, Kommunalpolitiker, Bürger und Zivilgesellschaft vor Ort zu unterstützen und sie gegen die Anfeindungen der extremen Rechten zu verteidigen. Die Demokraten aller Parteien müssen hier Haltung zeigen.

Wir brauchen eine Verwaltung, welche die wehrhafte Demokratie versteht und vertritt. Hierzu brauchen wir demokratische Bildung als verpflichtenden Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten und der Führungskräfte in der Verwaltung.

Wir brauchen mehr lokale, regionale Bündnisse für Demokratie zwischen demokratischen gesellschaftlichen Akteuren und müssen Beistand unter Demokraten erzeugen. Wir haben zunächst gegen harten Widerstand der CDU, dann mit deren weitgehender Unterstützung Programme für Demokratie und gegen Rassismus auf Landes- wie auf Bundesebene auf den Weg gebracht. Diese Programme müssen kurz-, mittel- und langfristig finanziell ausreichend ausgestattet werden und den Bedarf zur Förderung einer demokratischen Kultur und der Bekämpfung menschenverachtender Gewalt widerspiegeln.

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) werden wir daher fortführen, ausbauen und um eine kommunale Komponente ergänzen.

Die Bekämpfung von Neonazis, autoritären Nationalisten, Rassismus und Diskriminierung sind heute noch wichtiger und drängender. Die Entwicklungen weltweit zeigen: Das Problem wird nicht verschwinden, es wird hingegen eher zunehmen. Wir brauchen daher in diesen Zeiten und angesichts der Radikalisierung der extremen Rechten einen neuen Ansatz der Demokratieförderung: Wir brauchen Demokratiefördergesetze im Land und im Bund, mit denen Projekte und Initiativen dauerhaft, strukturell, altersunabhängig, bedarfsorientiert, nachhaltig und flächendeckend gefördert werden. Wir benötigen Fördergrundsätze, die zielgerichtet zivilgesellschaftliche Träger, unabhängig von kommunal- und landespolitischen Ausrichtungen, unterstützen. Wir brauchen eine nachhaltige Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen.

III. WAFFENGESETZE VERSCHÄRFEN

In Zeiten, in denen Neonazis, Verschwörungstheoretiker und AfD-Politiker über einen blutigen Bürgerkrieg spekulieren und die Bedrohung durch rechten Terror zunimmt, müssen wir die Ausgabe und den Besitz von Waffen schärfer kontrollieren. Waffen gehören nicht in die Hände von Verfassungsfeinden.

Auf Bundesebene haben wir als SPD bereits mehrere Maßnahmen beschlossen und u.a. das nationale Waffenregister ausgebaut, neue Meldepflichten für Waffenhersteller und -händler eingeführt und zudem die Größe von Magazinen bei bestimmten Schusswaffen begrenzt,

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

um deren Nutzung für Terroranschläge zu erschweren. Wir haben eine Regelüberprüfung von Waffenbesitzern durch den Verfassungsschutz beschlossen, um zu verhindern, dass Verfassungsfeinde in den Besitz von Waffen kommen.

Mitglieder rechtsextremer Netzwerke müssen entwaffnet werden. Eine Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen und Netzwerken muss zwangsläufig zur Entwaffnung und dem Entzug des Waffenscheins führen.

Auf Landesebene müssen die kommunalen Sicherheitsbehörden schärfer kontrollieren, etwa bei der Versagung und dem Entzug der Waffenbesitzkarte, aber auch durch mehr Kontrollen der Besitzer von Waffen. Das Problem ist aber, die Landkreise und kreisfreien Städte haben zu wenig Personal und Ressourcen, um ihre Kontrollen zu intensivieren. Der ideologisch durchgesetzte Staatsabbau und „privat vor Staat“ haben unser Sachsen weniger sicher gemacht: Die mangelnden Kontrollen von Waffenbesitzern bedrohen die fundamentale Sicherheit unserer Demokratie und bringen Sportschützen insgesamt in Misskredit.

Wir müssen daher die Behörden vor Ort finanziell mehr unterstützen, damit sie ihrer Aufgabe, gefährliche und unzuverlässige Waffenbesitzer zu identifizieren, auch wirklich nachkommen können. Zusätzlich wollen wir die für Anträge auf Waffenbesitzkarten verpflichtenden Sachkundenachweise durch zusätzliche verpflichtende Schulungsmaßnahmen ausbauen und mit einer staatlichen Abnahme verbinden, um unzuverlässige Personen leichter identifizieren zu können.

Wir müssen verhindern, dass Waffen und Munition von Behörden in kriminelle Hände fallen. Es muss dringend aufgeklärt werden, wie die Munition aus den Beständen der sächsischen Polizei in den Besitz des Neonazi-Netzwerks „Nordkreuz“ gelangte. Hier darf aus Imagegründen nichts unter den Tisch gekehrt werden. Hier geht es um das Vertrauen in unsere Polizei.

IV. ENGAGIERTE BÜRGER SCHÜTZEN

Wir brauchen ein offensiveres Vorgehen und mehr Ermittlungsdruck der Polizei gegen die rechtsradikale Szene. Nicht nur die organisierte extreme Rechte sowie Täter müssen ins Visier genommen werden, sondern auch für Sympathisanten darf es kein Pardon geben. Rassistische und antisemitische Hetze und Aufrufe zu Gewalt müssen konsequent geahndet werden.

Personen, die Amtsträger bedrohen, muss mit gezielten Gefährderansprachen begegnet werden.

Für Opfer von Bedrohungen wollen wir eine zentrale Anlaufstelle bei den Sicherheitsbehörden schaffen, die den Betroffenen mit Information, Beratung und einer ersten Gefahrenanalyse hilft.

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

Wir unterstützen die aktuellen Maßnahmen des Bundes, tätliche Drohungen (nach § 241 StGB), Beleidigungen (nach § 185 StGB) sowie üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (nach § 188 StGB) schärfer zu verfolgen. Wer öffentlich im Netz andere beleidigt, soll mit bis zu zwei statt mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bestraft werden können. Der besondere Schutz des § 188 StGB soll ausdrücklich auf allen politischen Ebenen gelten, also auf für Kommunalpolitiker.

Durch die Verschärfung von § 140 StGB wird zukünftig etwa die Forderung strafbar, jemand gehöre „an die Wand gestellt“. Darüber ist es richtig, antisemitische Tatmotive ausdrücklich als strafscharfende Beweggründe ins StGB aufzunehmen.

Soziale Netzwerke wie Facebook sollen strafbare Postings nicht mehr nur löschen, sondern in bestimmten schweren Fällen auch dem Bundeskriminalamt (BKA) melden müssen.

Betroffene von Bedrohungen, Beleidigungen und unbefugten Nachstellungen sollen sich leichter eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen lassen können.

Wir brauchen ein Programm, um extrem rechte Gefährder besser zu erkennen. Hier kann das vom Bundeskriminalamt seit 2017 allen Landeskriminalämtern angebotene Programm gegen Islamismus adaptiert werden, um eine Einschätzung nach festen Kriterien zu erhalten.

Justiz, Verfassungsschutz und Polizei sind zur Bekämpfung der extremen Rechten, von Rassismus und zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet personell aufzustocken. Die Verantwortung für Strafverfolgung im Netz muss der Staat übernehmen und darf sie nicht allein Privaten überlassen.

V. FÜR EINE GERECHTE POLITIK IN SACHSEN UND DEUTSCHLAND

Wir brauchen aber eben auch eine langfristig gerechtere Politik in Sachsen und Deutschland, welche die populistische Stimmung an der Wurzel packt.

Dazu gehört, die soziale Demokratie gleichwertig zwischen Ost und West zu sichern.

Während die Unterstützung der Demokratie in Westdeutschland in Zeiten des Wirtschaftswunders wachsen konnte, konnte sie sich in Zeiten der Umbrüche der Nachwendzeit schlechter entwickeln bzw. wurde bewusst behindert.

Die soziale Demokratie garantiert nicht nur die bürgerlichen, politischen Grundrechte. Sie sichert die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, besonders durch Mitbestimmung. Und sie sichert gleichberechtigte soziale Teilhabe durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat sowie durch eine koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie vor den Märkten gewährleistet ist.

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

Für Ostdeutsche ist die soziale Demokratie aber sehr viel schwächer als im Westen: Nach wie vor arbeiten die Menschen in Sachsen im Schnitt pro Jahr 14 Tage länger und haben monatlich über 700 Euro weniger in der Tasche als ihre Kollegen im Westen. Die Mitbestimmung in den Betrieben ist schwächer. Ein Drittel der Arbeitnehmer in Ostdeutschland arbeitet für niedrige Löhne, die fast zwangsläufig zu Altersarmut führen. Gleichzeitig führen Abstiegsängste auch in der Mittelschicht sowie Entwertungserfahrungen dazu, dass Minderheiten abschätzig behandelt werden. Daher ist die Stärkung der sozialen Demokratie essentiell.

Wir brauchen eine Wiederauferstehung der sozialen Demokratie. Dazu werden wir für unsere visionären Vorschläge eines Neuen Sozialstaats kämpfen - mit einer Kindergrundsicherung, einem neuen Bürgergeld und einer Sicherung der Menschen in den Umbrüchen von Digitalisierung und Klimaschutz. Wir müssen den Mindestlohn und die Tarifbindung erhöhen: Es geht darum, endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West. Die in der Bundesregierung von der SPD durchgesetzte Grundrente war ein erster wichtiger Schritt im Kampf gegen Altersarmut.

VI. NACH 30 JAHREN UNSERE DEMOKRATISCHEN PROZESSE IN SACHSEN GRUNDSÄTZLICH ÜBERPRÜFEN

Wir haben 1990 per „copy-paste“ das Demokratie-System West auf die Welt Ost übertragen. Doch den Neuaufbau der Demokratie haben wir häufig ohne die Bürger gemacht. Wir müssen den Menschen vor Ort wieder die Verantwortung und Möglichkeiten zum konkreten Handeln zurückgeben, ohne große bürokratische Hürden. Es geht darum, die Menschen überhaupt wieder in die pluralistische Demokratie einzubinden.

Wir müssen mehr Macht teilen! Wir brauchen mehr Bürgermacht, damit sich die Bürger gestaltend und verantwortlich einbringen können. Bürgerbeteiligung heißt nicht, nur Einwände geltend zu machen. Bürger wollen sich einmischen und gestalten. Daher müssen die Hürden für echte Volksentscheide deutlich gesenkt werden. Die Macht muss zurück an Bürger vor Ort: Mit einer Fördermittel-Revolution, Entbürokratisierung und Bürgerbudgets und natürlich dem notwendigen Geld, um am Ende auch Zukunftsentscheidungen treffen zu können. Wir brauchen eine Senkung des Wahlalters sowie mehr Mitbestimmung in Betrieben und Gesellschaft.

Demokratie kann man nicht einfach nur konsumieren, Politik ist kein Pizzadienst. Maßnahmen, die solche Ansichten befördern, sehen wir kritisch. Wir werden den im Koalitionsvertrag vereinbarten „Volkseinwand“ daher sehr kritisch begleiten.

KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS

DEMOKRATIE STÄRKEN, GEGEN RECHTEN TERROR



BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDES
DER SPD SACHSEN VOM 29. FEBRUAR 2020

VII. EINE WERTE-DISKUSSION IN SACHSEN

Wir brauchen eine Werte-Diskussion in Sachsen: Die Zeit nach 1990 war von dem Mantra beherrscht: „Wenn jeder an sich selber denkt, ist an alle gedacht“. Der krasse Wettbewerbsdruck, die Umbrüche der Nachwendezeit und das Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeitnehmern führten zu Egoismus, Ellenbogenmentalität und dem Gefühl, zu kurz gekommen zu sein.

Welches gesellschaftliche Bild wurde in den letzten Jahren in Sachsen erzeugt, wenn ein Viertel der 18-29-Jährigen der Aussage zustimmt, „von Natur aus sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ bzw. ein Fünftel meint, es würde „wertvolles und unwertes Leben“ geben und „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten“?

Wir müssen alles tun, um den Zusammenhalt zu stärken und dem Begriff der Solidarität wieder eine Rolle in Sachsen zu geben. Das ist keine Phrase, sondern grundsätzliche Notwendigkeit.